

Über den Autor:

Yascha Mounk, 1982 in München geboren, lehrt Politikwissenschaften an der Harvard University, ist Senior Fellow beim German Marshall Fund und Senior Advisor bei Protect Democracyz. Sein Forschungsschwerpunkt umfasst Fragen zur Entwicklung der liberalen Demokratie und Eigenverantwortung in der Politik. Mounks Beiträge über europäische und amerikanische Politik erscheinen u.a. in *The New York Times*, *The New Yorker*, *Foreign Affairs*, *Slate* und der *Zeit*.

Yascha Mounk

Der Zerfall der Demokratie

Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht

Aus dem Amerikanischen von
Bernhard Jendricke

DROEMER 

Die amerikanische Originalausgabe erschien 2018 unter dem Titel
»The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and
How to Save It« bei Harvard University Press.
Yascha Mounk hat die deutsche Ausgabe überarbeitet und erweitert.

Besuchen Sie uns im Internet:
www.droemer.de



Erweiterte Taschenbuchausgabe April 2019
Droemer Taschenbuch
© 2018 by Yascha Mounk
© 2018 der deutschsprachigen Ausgabe Droemer Verlag
Ein Imprint der Verlagsgruppe
Droemer Knaur GmbH & Co. KG, München
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.
Übersetzung: Bernhard Jendricke in Zusammenarbeit mit
Thomas Wollermann; beide gehören dem Kollektiv Druck-Reif an.
Redaktion: Jonas Wegerer, Freiburg
Grafiken: le-tex publishing services nach Yascha Mounk
Covergestaltung: Kathrin Keienburg-Rees, grafik design
Satz: Adobe InDesign im Verlag
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-426-30144-9

5 4 3 2 1

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung

»Losing our Illusions« 17

Teil I

Die Krise der liberalen Demokratie 43

Kapitel 1: Demokratie ohne Recht 51

Kapitel 2: Recht ohne Demokratie 78

Kapitel 3: Die Entkonsolidierung der Demokratie 128

Teil II

Die Gründe für die Krise 165

Kapitel 4: Soziale Medien 171

Kapitel 5: Wirtschaftliche Ängste 187

Kapitel 6: Identität 198

Teil III

Gegenmittel 221

Kapitel 7: Den Nationalismus zähmen 235

Kapitel 8: Die Wirtschaft sanieren 260

Kapitel 9: Den Glauben an die Demokratie erneuern 281

Schlussbemerkung

Für unsere Überzeugungen kämpfen 301

Dank 319

Anmerkungen 321

Vorwort

Es war eine Schreckensvision der Zukunft. Normales Leben gab es in der Stadt, als ich sie an einem Samstag im Spätsommer des Jahres 2018 besuchte, nicht mehr. Der Verkehr von Straßenbahnen und Bussen war, zumindest im Zentrum, eingestellt. Viele Geschäfte hatten geschlossen.

Drei Gruppen hatten Chemnitz untereinander aufgeteilt: die Rechten, die lautstark und zahlreich durch das Zentrum marschierten. Das viel kleinere Grüppchen von Gegendemonstranten, das sich etwas abseits zu einem Konzert gegen rechts versammelt hatte. Und die Polizei, die vor allem damit beschäftigt war, beide Lager irgendwie auseinanderzuhalten.

Chemnitz ist nicht Deutschland, und auch den Chemnitzer Alltag spiegeln diese furchtbaren Stunden zum Glück nicht wider – das multiethnische Deutschland ist längst schon Realität, und zwar im gesamten Bundesgebiet. Direkt gegenüber der AfD-Zentrale, die als Anlaufpunkt für den Marsch der rechten Wutbürger und rechtsradikalen Wüstlinge diente, steht ein Vietnamrestaurant sowie eine Shisha Lounge. Und doch offenbaren die Tage des Chaos in Chemnitz gefährliche Entwicklungen, die eben auch zu Deutschlands gelebter Realität gehören.

Als ich im Herbst 2016, ein paar Monate vor der Wahl Donald Trumps und etwa ein Jahr vor dem Einzug der AfD in den Bundestag, durch Deutschland reiste, waren sich die politischen, journalistischen und intellektuellen Eliten des Landes ihrer Sache noch sicher. »Was machen Sie, falls Trump Präsident wird?«, fragte ich einige führende Politiker. »Ach, das ist so unwahrscheinlich, darüber machen wir uns keinen Kopf«, erwiderte mir sinngemäß einer nach dem anderen. »Wie wird die AfD, wenn

sie in den Bundestag einzieht, die deutsche Politik verändern?«, hakte ich nach. »Ach, die werden schon an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern«, hieß es immer wieder. »Und falls sie's doch ins Parlament schaffen, wird sich auch nicht allzu viel ändern – die sind politisch ja vollkommen isoliert.«

Heute wissen wir, wie naiv das war.

Trump ist der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach einem chaotischen Start hat er seine Regierung in eine erstaunlich effektive Abrissbirne verwandelt. Ein Jahr nach seiner Machtergreifung berichteten die amerikanischen Medien noch von Trumps Angriffen auf die etablierten Normen und Institutionen des Landes. Mittlerweile sprechen sie, wenn Trump die Unabhängigkeit des FBI untergräbt oder die Opposition pauschal als gefährlichen Mob verunglimpft, von dem üblichen Streit zwischen Demokraten und Republikanern.

Auch außenpolitisch hat Trump viel verändert: Immer wieder hat sich das Land unter seiner Führung an die Seite von Diktatoren und Autokraten geschlagen. An seiner Bereitschaft, den globalen Handel stark einzuschränken, ist kaum mehr zu zweifeln. Und ob die USA ihren Alliierten im Falle eines Angriffs auf deren Territorium zu Hilfe kommen würden, ist zumindest fraglich.

Große Teile Europas wandeln bereits in Trumps Fußstapfen. Im März 1946 sprach Winston Churchill von einem Eisernen Vorhang, der sich von Stettin im Baltischen Meer bis nach Triest am Adriatischen Meer über den Kontinent gesenkt hätte. Heute könnte man diese historische Linie entlangfahren und die Reise gar nach Bari oder Athen fortsetzen, ohne jemals ein Land zu verlassen, welches von Populisten regiert wird.

Im Jahr 2000 stimmten bei nationalen Wahlen etwa acht Prozent der Europäer für populistische Parteien, und diese waren in sieben Regierungen vertreten. Mittlerweile stimmen im Schnitt 26 Prozent der Europäer für populistische Parteien, und diese

stellen 15 Regierungen. Bei den im Frühjahr 2019 bevorstehenden Wahlen fürs Europäische Parlament könnten rechtspopulistische Parteien zur stärksten Fraktion avancieren.

Polen und Ungarn zeigen, wie akut die Gefahr ist, die von solch populistischen Regierungen ausgeht. Seit ihrem Amtsantritt im Herbst 2015 hat die polnische Regierung die öffentlichen Einrichtungen des Landes auf eklatante Weise angegriffen. Mittlerweile steuert sie das Staatsfernsehen und drangsaliert private Medien mit wirtschaftlichen Schikanen. Die Gerichte sind mit loyalen Richtern bestückt und obliegen Anweisungen des Justizministers. Wenn die Regierung 2019 zur Wiederwahl steht, geht es um nichts weniger als den Erhalt der polnischen Demokratie.

Ungarn ist schon einen Schritt weiter. In den letzten Jahren hat Viktor Orbán seine Macht stetig ausgebaut. Konstante Angriffe auf die Zivilgesellschaft – wie zum Beispiel auf die unabhängige Central European University in Budapest – haben die Redefreiheit für Kritiker des Regimes eklatant eingeschränkt. So beschrieb selbst die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die letzten Parlamentswahlen in ungewöhnlich undiplomatischer Sprache als äußerst fragwürdig.

Jahrzehntelang dachten Politikwissenschaftler, die Demokratie sei in Ländern, die schon zweimal durch freie und faire Wahlen die Regierung gewechselt haben und außerdem ein Bruttoinlandsprodukt von mehr als etwa 13 000 Euro pro Kopf vorweisen können, gesichert. Diese Bedingungen erfüllt Ungarn. Und doch hat sich das Land in den letzten zehn Jahren von einer liberalen in eine illiberale Demokratie und schließlich von einer illiberalen Demokratie in eine Diktatur mit schnell verblassendem demokratischen Anstrich verwandelt.

Die große Frage ist nun, ob dasselbe Schicksal auch scheinbar gefestigtere und wohlhabendere Demokratien in Westeuropa ereilen könnte.

Grund zur Sorge gibt es durchaus: In Österreich regiert seit einem Jahr eine Koalition zwischen der ÖVP, einer immer radikaleren christdemokratischen Partei, und der FPÖ, einer immer rabiateren populistischen Partei. In Italien hat sich derweil die Lega, eine der ausländerfeindlichsten Parteien Europas, mit der Fünf-Sterne-Bewegung, einer zumindest ursprünglich eher links stehenden populistischen Partei, zusammengerauft. Das Einzige, was beide Parteien teilen, ist ein Hass auf die existierenden Institutionen – egal, ob sie in Form von unabhängigen Gerichten, von einigermaßen politisch neutralen Fernsehsendern oder von selbstbewussten NGOs daherkommen. Es ist durchaus möglich, dass die Institutionen in Österreich und Italien im Kampf gegen den Populismus bessere Karten haben werden als ihre polnischen und ungarischen Verwandten; eine Garantie kann es dafür derzeit jedoch nicht geben.

Auf den ersten Blick ist Frankreich in dieser düsteren Politlandschaft einer der wenigen Lichtblicke. Wie aus dem Nichts baute Emmanuel Macron eine neue politische Bewegung auf, die sich couragiert gegen den Populismus stellte und grundlegende Reformen anvisierte.

Aber die Realität ist komplizierter, als es der zunächst weitverbreitete Enthusiasmus über Macrons rasanten Aufstieg hätte vermuten lassen. Bei der Präsidentschaftswahl verlor seine Kontrahentin Marine Le Pen zwar klar, konnte das von ihrem Vater 15 Jahre zuvor aufgestellte Rekordergebnis der Front National aber immerhin verdoppeln. Macron hat in den ersten Jahren seiner Amtszeit einige Reformen in Angriff genommen, doch dabei ist er auf denselben Widerstand gestoßen, vor dem seine Vorgänger letztlich kapitulieren mussten. Und so ist er anderthalb Jahre nach seiner Amtseinführung noch unbeliebter, als seine Vorgänger es waren.

Der Fall Frankreich illustriert somit auf erschreckende Weise das Problem der demokratischen Alternanz im Zeitalter des Po-

pulismus: Damit die liberale Demokratie langfristig sicher ist, bedarf es nicht nur einer Regierung, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet ist, sondern auch einer loyalen Opposition. Dies ist in weniger und weniger Ländern der Fall. Und damit hängt das Schicksal der Demokratie in vielen Staaten immer stärker vom Schicksal einzelner Politiker oder Parteien ab. Solange Macron in Frankreich im Amt bleibt, gibt es nichts zu befürchten – aber wer ihm, falls er 2022 abgewählt wird, folgen soll, ist vollkommen offen.

Die Veränderungen in Deutschland sind lange nicht so einschneidend wie jene in Ungarn, Italien, Österreich oder den USA. Aber auch Deutschland wandelt sich viel schneller und dramatischer, als die meisten Bürger noch vor ein paar Jahren vorhergesagt hätten. Die AfD ist mit satten 13 Prozent in den Bundestag eingezogen und mittlerweile in allen 16 Länderparlamenten vertreten. In vielen Umfragen ist sie die zweitstärkste Partei des Landes. Bei anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg könnte sie gar zur stärksten Kraft avancieren. Auch die einst einheitliche Front gegen die AfD bröckelt ein Jahr nach ihrem Einzug in den Bundestag schon gewaltig. So konnte sich der Fraktionsvorsitzende der CDU in Sachsen eine Koalition mit den Rechtspopulisten durchaus vorstellen – zumindest so lange, bis die Bundeskanzlerin ihm vehement widersprach.

Auch abseits der großen politischen Bühne hat das Erstarken des Rechtspopulismus das Land merklich verändert. Wie in den USA vor fünf oder zehn Jahren schreitet die Polarisierung in gewaltigen Schritten voran. Die Kräfteverhältnisse zwischen links und rechts mögen in den meisten Teilen Deutschlands anders aussehen als in Chemnitz; doch in allen Teilen der Republik kommt es immer häufiger zum Spektakel sich duellierender Demonstranten. Noch vor Kurzem ging es auf Twitter und Facebook in Deutschland verhältnismäßig ruhig und friedlich zu;

mittlerweile sind die sozialen Netzwerke die wichtigsten Schlachtfelder, auf denen die »selbstverständlich Weltoffenen« ihre Scharmützel mit den »stolzen Deutschen« austragen. Und wer in Bus und Bahn die Augen offen hält, der kann leicht erkennen, wie viele unauffällig anmutende Bürger ihre Informationen mittlerweile aus »alternativen« Nachrichtenquellen wie der *Epoch Times* beziehen.

Die letzten zwei Jahre widersprechen den Prophezeiungen der deutschen Eliten also eklatant. Trumps Attacken auf die amerikanischen Institutionen zeigen, wie gefährdet sie selbst in wohlhabenden Ländern mit langer demokratischer Tradition sind. Seine außenpolitische Unberechenbarkeit und sein sichtbarer Groll auf demokratische Regierungschefs von Emmanuel Macron bis Angela Merkel geben Anlass, die Grundannahmen der deutschen Außenpolitik radikal zu überdenken. Der erstaunliche Erfolg der AfD beweist, dass auch Deutschland gegen die Versuchungen der Rechtspopulisten nicht gefeit ist. Und die fortschreitende Polarisierung von Gesellschaft und Medienlandschaft lässt befürchten, dass all dies in den nächsten Jahren noch schlimmer wird. Wie also haben die bundesrepublikanischen Eliten auf diese beängstigenden Entwicklungen reagiert? Was haben sie verändert?

Fast gar nicht und fast gar nichts.

In Berlin streiten sich die Machthaber noch verlässlicher über Lappalien, als sie es noch vor ein paar Jahren taten. Angeführt von der CSU, scheinen sich weite Teile der Union nach einer politischen Strategie zu sehnen, die auf der Nachahmung der Populisten basiert. Das Versprechen der SPD, sich zu erneuern, ist erwartungsgemäß in Mut- und Fantasielosigkeit versandet. Die Grünen haben sich zwar als energisches Sprachrohr des kosmopolitischen, gebildeten, zuversichtlichen Deutschland profiliert, aber der weniger optimistischen Mehrheit des Landes wenig zu sagen.

Angela Merkel bleibt derweil ein der Visionslosigkeit geschuldetes Enigma. Ihre Werte scheinen so beständig wie eh und je. Trotz ihres voranschreitenden Machtverlusts verwaltet sie diese Werte mit pragmatischer Effizienz. Lebten wir in normaleren, in ruhigeren Zeiten, so wäre sie eine starke Bundeskanzlerin. Aber wir leben in bewegten, in außerordentlichen Zeiten – in Zeiten also, die der Vision und des Mutes bedürfen. Und diesen ist Frau Merkel sichtlich nicht gewachsen.

Die Bundeskanzlerin ist sich durchaus bewusst, dass die Welt für Deutschland ohne die verlässliche Unterstützung durch die USA um einiges gefährlicher geworden ist. Aber eine neue außenpolitische Strategie – oder auch nur eine dezidierte Erhöhung des Bundeswehretats – hat sie in Reaktion darauf nicht vorangetrieben. Angela Merkel weiß nur zu gut, dass die Verwandlung von Ländern wie Ungarn und Polen gewaltigen Schaden anrichtet. Und doch unternimmt sie fast gar nichts gegen diese existenzielle Bedrohung für die Legitimität der Europäischen Union – ja, stattdessen duldet sie gar, dass Fidesz, die Partei Viktor Orbáns, weiterhin derselben Fraktion im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei, angehört wie die CDU/CSU.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg war Europa in den letzten zehn Jahren dringlichst darauf angewiesen, von Berlin geführt zu werden. Just zu jener Zeit hatte Deutschland und Europa das Pech, von einer hochkompetenten, stets sympathischen, aber dieser Aufgabe leider nicht gewachsenen Bundeskanzlerin regiert zu werden.

Doch auch wir – also die besorgten, wohlmeinenden Bürger – sollten uns an der eigenen Nase fassen. Da wir – aus gutem Grund! – an den Prinzipien unseres politischen Systems festhalten wollen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerade jetzt, da sie echten Bedrohungen ausgesetzt ist, verteidigen möchten, nehmen wir echte Missstände nicht hinreichend ernst.

Nur ein Beispiel: Hunderttausende Menschen in unserem Land sind momentan »geduldet«. Sie haben also keine langfristige Perspektive, sich hier ein menschenwürdiges Leben aufzubauen. Gleichzeitig ist es aber auch nicht absehbar, wann sie das Land verlassen werden. Da es ihnen bis dahin untersagt ist, zu arbeiten, liegen sie ohne eigenes Verschulden anderen Menschen auf der Tasche. Sicher, einfache Lösungen für diese Situation gibt es nicht. Die Forderungen der Rechtspopulisten sind sowohl unrealistisch als auch menschenverachtend. Aber auch unter den Mitgliedern des liberalen Lagers sehe ich zuweilen einen sturen Unwillen, echte Probleme als solche anzuerkennen und Missstände pragmatisch zu lösen.

Diktaturen, so lehrt uns die Politikwissenschaft, fallen oft dann in sich zusammen, wenn ein großer Teil der regierenden Klasse nicht mehr bereit ist, das System mit aller Macht zu verteidigen. Ja, die wütenden Demonstranten, die zu Zigtausenden auf die Straße gehen, bringen das Regime in Bedrängnis. Aber wenn sie es letztlich schaffen, die Bastille zu stürmen oder die Mauer einzureißen, dann verdanken sie ihren Erfolg auch dem Politiker, der keinen Schießbefehl gibt, oder dem General, der einen solchen Schießbefehl verweigert.

In Demokratien sieht es, so fürchte ich, auf eine bestimmte Weise ähnlich aus: Auch sie fallen in sich zusammen, wenn die regierende Klasse nicht mehr den Willen und die Kraft hat, das System zu verteidigen. Der einzige Unterschied: Da demokratische Politiker ihre Bürger nicht mit Waffengewalt in Schranken halten können, müssen sie diese durch Taten von den Vorzügen des herrschenden politischen Systems überzeugen.

An dieser fundamental wichtigen Aufgabe sind Deutschlands politische Eliten bisher kläglich gescheitert. Obwohl die Realität ihren Annahmen immer stärker zuwiderläuft und die Gefahr, die der Demokratie im In- und Ausland durch deren Gegner droht, täglich wächst, halten sie stur an ihrem alten Kurs fest.

Das macht mir gewaltige Angst. Denn die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist durchaus noch zu retten. Aber nur, wenn wir bereit sind, vieles umzukrempeln, um unsere wichtigsten Werte letztlich zu bewahren. Und eine solche Bereitschaft kann ich bisher weder bei den politisch Verantwortlichen noch bei den meisten Bürgern erkennen.

Einleitung

»Losing our Illusions«

Manchmal kriecht die Geschichte jahrzehntelang vor sich hin. Wahlen werden gewonnen und verloren, Gesetze verabschiedet und kassiert, neue Stars geboren und alte Legenden zu Grabe getragen. Und während alles seinen gewohnten Lauf nimmt, verändern sich die Leitgestirne von Kultur, Gesellschaft und Politik kaum.

Dann, ganz plötzlich, verändert sich innerhalb weniger Jahre alles auf einmal. Politische Neulinge stürmen die Bühne. Wähler erheben radikale Forderungen, die bis vor Kurzem noch undenkbar waren. Soziale Spannungen, die lange unter der Oberfläche vor sich hin brodelten, verschaffen sich in gewaltigen Explosionen Luft. Ein Regierungssystem, das lange unerschütterlich schien, gerät ins Wanken.

In einem solchen Moment befinden wir uns gerade.

Bis vor Kurzem herrschte die liberale Demokratie unangefochten. Trotz all ihrer Mängel standen die meisten Bürger mit Überzeugung zu ihrer Regierungsform. Die Wirtschaft wuchs. Radikale Parteien waren unbedeutend. Die Politikwissenschaft betrachtete die Demokratie in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder den USA als unumstößlich. Die politische Zukunft, so war man sich sicher, würde der Vergangenheit im Großen und Ganzen verblüffend ähnlich sehen.

Doch dann war die Zukunft da – und stellte sich als vollkommen anders heraus, als man weithin gedacht hatte.

Die meisten Bürger haben schon lange eine schlechte Meinung von der Politik; mittlerweile sind sie ungeduldig, wütend, gar gehässig. Die Parteiensysteme wirkten schon seit Langem wie eingefroren; inzwischen haben autoritäre Populisten überall auf der Welt Zulauf, von Europa bis Amerika, von Asien bis Australien. Die Wähler waren schon früher mit dieser Partei oder jener Regierung unzufrieden; nun aber sind viele von ihnen unser politisches System, die liberale Demokratie, leid.

Die Wahl von Donald Trump ist der schockierendste Ausdruck dieser Krise. Sein Aufstieg ist von größter Bedeutung. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die älteste und mächtigste Demokratie der Welt einen Präsidenten gewählt, der unverhohlenen Grundnormen des Rechtsstaats missachtet – jemanden, der seine Unterstützer bis zuletzt »im Ungewissen« darüber ließ, ob er das Ergebnis der Wahl anerkennen würde; jemanden, der dazu aufrief, seine wichtigste politische Rivalin ins Gefängnis zu werfen; und jemanden, der autoritäre Herrscher wie Wladimir Putin oder Rodrigo Duterte augenscheinlich demokratischen Verbündeten wie Angela Merkel vorzieht. Selbst wenn die Gerichte und der Kongress es letztlich schaffen sollten, Trump in seine Schranken zu weisen – die Bereitschaft des amerikanischen Volkes, einen Möchtegern-Autokraten ins Weiße Haus zu wählen, lässt für die kommenden Jahrzehnte nichts Gutes erahnen.

Leider ist Trump keineswegs die Ausnahme. In Russland und der Türkei ist es gewählten Machtprotzen gelungen, junge Demokratien in Diktaturen mit dünnem demokratischem Anstrich zu verwandeln. In Polen und Ungarn unterminieren populistische Regierungschefs nach demselben Muster die freien Medien, zerstören unabhängige Institutionen und unterdrücken zunehmend die Opposition.

Weitere Länder könnten bald folgen. In Österreich hätte ein rechtspopulistischer Kandidat um ein Haar die Wahl zum Staats-

präsidenten gewonnen. In Frankreich bietet eine schwankende politische Landschaft sowohl Rechts- als auch Linksextremen reichlich Chancen. In Spanien und Griechenland zerfällt das etablierte Parteiensystem mit atemberaubender Geschwindigkeit. Selbst in den als stabil und tolerant bekannten Demokratien von Schweden, Dänemark und den Niederlanden feiern extremistische Parteien beispiellose Erfolge. Und in Deutschland ist die stramm rechte AfD trotz ihres überaus zweifelhaften Demokratieverständnisses seit dem 24. September 2017 zur drittstärksten Partei herangewachsen; in vielen Teilen der Republik – im Osten und im Süden, in ländlichen Gebieten, aber auch in den Vorstädten von Berlin und Duisburg – ist die Alternative für Deutschland mittlerweile eine Art Volkspartei.

In Anbetracht dieser Tatsachen kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass wir einen Moment des Populismus durchlaufen. Die einzige Frage, die es nun zu beantworten gilt, ist, ob sich dieser Moment zu einem populistischen Zeitalter ausweitet – und letztlich sogar das Überleben der Demokratie in Gefahr bringt.



Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begab sich die liberale Demokratie auf einen weltweiten Siegeszug. Sie schien in Nordamerika und Westeuropa unwandelbar, fasste in ehemals autokratischen Staaten von Osteuropa bis Südamerika Fuß und feierte selbst in Asien und Afrika beachtliche Erfolge.

Die liberale Demokratie konnte auch deshalb einen solchen Siegeszug antreten, weil es keine schlüssigen Alternativen zu ihr gab. Der Kommunismus hatte versagt. Die islamische Theokratie fand außerhalb des Nahen Ostens kaum Unterstützer. China hatte zwar beeindruckende Fortschritte gemacht, verfolgte aber eine Turboform des Staatskapitalismus, während es sich offiziell

noch immer auf den Kommunismus bezog – und konnte daher für Länder, die seine ungewöhnliche Geschichte nicht teilen, schwerlich zum Vorbild dienen. Die Zukunft, so schien es, gehörte der liberalen Demokratie.

Die Vorstellung, dass der Triumph der Demokratie auf immer und ewig gesichert sei, wird oft mit dem Werk von Francis Fukuyama verknüpft. In einem Essay, der Ende der 1980er-Jahre Furore machte, vertrat Fukuyama die These, man habe mit dem Ende des Kalten Kriegs »den Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und den Beginn weltweiter Gültigkeit der westlichen liberalen Demokratie« erreicht. Der Sieg der Demokratie, verkündete Fukuyama in einem Schlagwort, das den unbekümmerten Optimismus von 1989 wie kein zweites auf den Punkt brachte, würde das »Ende der Geschichte« bedeuten.¹

Zahlreiche Kritiker hielten Fukuyama für naiv. Einige von ihnen fürchteten (oder hofften), dass sich die liberale Demokratie nicht über die ganze Welt ausbreiten würde, da viele Länder sich gegen diesen Westimport zur Wehr setzen würden. Andere bestanden darauf, dass es zu früh sei, um vorherzusehen, welche Verbesserungen die menschliche Fantasie im Verlauf der nächsten Jahrhunderte erträumen würde: Vielleicht, so spekulierten sie, sei die liberale Demokratie nur ein Vorspiel zu einer weitaus gerechteren und aufgeklärteren Regierungsform.²

Doch trotz aller Kritik erwies sich Fukuyamas Kernthese als extrem einflussreich. Denn selbst Skeptiker, die den weltweiten Siegeszug der liberalen Demokratie nicht als selbstverständlich ansahen, waren im Stillen davon überzeugt, dass sie in ihren europäischen und amerikanischen Hochburgen stabil bleiben würde. Ja, selbst Politikwissenschaftler, die niemals großspurige Prognosen über das Ende der Geschichte aussprechen würden, teilten letztlich Fukuyamas Ansicht. Als sie die Ursprünge der liberalen Demokratie untersuchten, machten sie eine verblüffende Beobachtung: In armen Ländern scheiterten Demokratien

oft. Autokraten, die ihren Untertanen einen guten Lebensstandard verschafften, wurden häufig aus dem Amt gejagt. Aber ist ein Land sowohl demokratisch als auch wohlhabend, erfreut sich sein Regierungssystem verblüffender Stabilität.

1975, als das dortige Bruttoinlandsprodukt (nach heutigem Wert) 14 000 Dollar pro Kopf betrug, beendete ein Militärputsch die argentinische Demokratie. Oberhalb dieser Schwelle war, bis vor Kurzem, noch nie eine etablierte Demokratie zusammengebrochen.³ Auch Politologen, die niemals das »Ende der Geschichte« verkünden würden, hielten es deshalb für abstrus, sich über die Zukunft der deutschen Demokratie Sorgen zu machen.

Von der beispiellosen Stabilität wohlhabender Demokratien tief beeindruckt, begannen Politikwissenschaftler die Nachkriegsgeschichte vieler Länder als einen Prozess der »demokratischen Konsolidierung« zu begreifen.⁴ Zum Erhalt einer dauerhaften Demokratie musste ein Land ein hohes Maß an Wohlstand und Bildung erreichen. Es musste eine lebendige Zivilgesellschaft aufbauen und die Neutralität von wichtigen staatlichen Institutionen wie der Justiz sicherstellen. Die maßgeblichen politischen Kräfte mussten akzeptieren, dass die Politik von den Wählern, und nicht etwa von der Macht der Waffen oder der Fülle der Brieftaschen, bestimmt wird. Diese Etappen zu erreichen erwies sich häufig als schwierig. Der Aufbau einer Demokratie war keine leichte Aufgabe. Doch dafür winkte ein so kostbarer wie dauerhafter Preis: Wenn ein Land erst einmal die zentralen Richtwerte der Demokratie erreicht hatte, dann war sein politisches System angeblich auf alle Zeiten gesichert.

Die demokratische Konsolidierung war laut dieser Vorstellung eine Einbahnstraße. War die Demokratie erst einmal, wie es Juan J. Linz und Alfred Stepan in einer berühmten Formulierung ausdrückten, »*the only game in town*« – also die Grundregel, nach der sich alle politischen Kräfte richteten –, so hielt sie sich auf Dauer. Die außergewöhnliche Phase des Ringens um die De-

mokratie wich dann den gewöhnlichen politischen Debatten, die eine stabile Demokratie kennzeichnen.

Die meisten Politologen waren sich ihrer Sache so sicher, dass sie kaum darüber nachdachten, unter welchen Bedingungen sich die demokratische Konsolidierung verkehren könnte. Aber in Anbetracht der letzten Jahre wachsen nun die Zweifel an diesem blinden Vertrauen in die Zukunft der Demokratie.

Noch vor einem Vierteljahrhundert waren die meisten Bürger sehr zufrieden mit ihrer Regierung und gaben ihren Institutionen hohe Zustimmungswerte; jetzt sind sie so desillusioniert wie nie zuvor. Noch vor einem Vierteljahrhundert legten die meisten Bürger großen Wert darauf, in einer liberalen Demokratie zu leben, und lehnten autoritäre Alternativen zu ihrem Regierungssystem strikt ab; nun stehen sie der Demokratie zunehmend feindlich gegenüber. Und noch vor einem Vierteljahrhundert einte selbst politische Kontrahenten der Respekt vor den Spielregeln der Demokratie; inzwischen haben radikale Politiker, die fundamentale Normen der liberalen Demokratie mit Füßen treten, beträchtlichen Einfluss gewonnen.⁵

Ein paar Beispiele aus meiner eigenen Forschung zeigen, wie tief das Problem greift: Über zwei Drittel der vor 1950 geborenen Amerikaner halten es für außerordentlich wichtig, in einer Demokratie zu leben; unter Amerikanern, die nach 1980 geboren wurden, ist es weniger als ein Drittel. Die schwindende Loyalität zur Demokratie macht die Amerikaner selbst für unverhohlenen autoritäre Alternativen zur Demokratie offener. Noch vor zwanzig Jahren hielt beispielsweise einer von sechzehn Amerikanern ein Militärregime für ein gutes Regierungssystem; heute würde es jeder sechste begrüßen, wenn die Armee die Macht übernimmt.

Diese Veränderungen finden keineswegs nur in den Vereinigten Staaten statt. So befürwortete vor zwanzig Jahren jeder sechste Deutsche einen starken Anführer, »der sich nicht um Wahlen

oder Parlamente kümmern muss«; heute sehnt sich jeder dritte Deutsche nach einer solchen Heilsfigur. In Frankreich und Großbritannien tut dies sogar jeder Zweite.

Unter diesen radikal veränderten Umständen wäre es töricht, davon auszugehen, dass die Stabilität der Demokratie dauerhaft gegeben ist. Die erste große Annahme der Nachkriegsära – die Vorstellung, dass die Demokratie in wohlhabenden Ländern, in denen die Regierung bereits mehrmals durch freie und faire Wahlen abgewählt worden ist, auf absehbare Zeit stabil bleibt – entpuppt sich als Wunschdenken.

Da sich die erste große Annahme unserer politischen Vorstellungswelt als wackelig herausgestellt hat, haben wir umso mehr Grund, auch die zweite genauer unter die Lupe zu nehmen.

Liberalismus und Demokratie, so haben wir lange gedacht, bilden eine unzertrennliche Einheit. Und das nicht nur, weil wir sowohl den Willen des Volkes als auch die Herrschaft der Gesetze, sowohl die Wahlfreiheit als auch die Rechte des Einzelnen als wichtig ansehen. Sondern vielmehr, weil beide Komponenten unseres politischen Systems sich gegenseitig schützen und bedingen.

Die Befürchtung, dass die liberale Demokratie nicht überleben kann, wenn eines ihrer Elemente aufgegeben wird, ist durchaus berechtigt. Nur ein System, in dem das Volk das Sagen hat, kann sicherstellen, dass die Reichen und Mächtigen die Rechte der Schwachen nicht mit Füßen treten. Auch im Umkehrschluss gilt: Nur ein System, in dem die Rechte unbeliebter Minderheiten geschützt werden und die Presse ungehindert Kritik an der Regierung üben darf, kann sicherstellen, dass das Volk die Regierung auch wirklich aus dem Amt jagen kann. Der Rechtsstaat und der Volkswille, so scheint man hieraus zu folgern, gehören zusammen wie Brot und Butter – oder Twitter und Trump.

Doch aus der Tatsache, dass ein funktionierendes System so-

wohl den Liberalismus als auch die Demokratie benötigt, folgt noch lange nicht, dass ein System mit diesen beiden Elementen notwendigerweise stabil ist. Im Gegenteil: Gerade weil Liberalismus und Demokratie voneinander abhängig sind, schlagen sich Probleme in einem Bereich unserer Politik so schnell auf andere Bereiche nieder. Und so läuft eine Demokratie ohne Rechte immer Gefahr, zu dem zu verkommen, was die Vordenker der modernen Demokratie am meisten fürchteten: die Tyrannei der Mehrheit. Genauso verspricht ein Land, in dem die Rechte der Bürger einstweilen respektiert werden, der Volkswille aber allzu oft ignoriert wird, keineswegs stabil zu sein: Ist das politische System einmal zur Spielwiese von Milliardären oder Technokraten geworden, wird die Versuchung, das Volk von wichtigen Entscheidungen auszuschließen, stetig wachsen.

Ein solches Auseinanderklaffen von Liberalismus und Demokratie ist genau das, was wir gerade erleben – und die Folgen könnten dramatisch sein.

Die Populisten, die derzeit auf beiden Seiten des Atlantiks große Erfolge feiern, unterscheiden sich sowohl im Stil als auch im Inhalt gewaltig voneinander.

Und so ist die Versuchung groß, Donald Trump als ein spezifisch amerikanisches Phänomen abzutun. Von seinem dreisten Auftreten bis zu seinem ständigen Prahlen ist Trump ein wandelndes Zerrbild des amerikanischen Charakters, ganz so, als wäre er der Zeichenfeder eines Karikaturisten entsprungen, der für ein sowjetisches Propagandaministerium den Erzfeind lächerlich zu machen hat. Und in mancher Hinsicht ist Trump tatsächlich sehr amerikanisch. Wenn er ständig seine Erfolge als Geschäftsmann herausstreicht, dann tut er dies, weil Unternehmer in Amerika ein hohes Ansehen genießen. Auch die Themen seiner Tiraden sind durch den amerikanischen Kontext geprägt; Befürchtungen, dass die liberalen Eliten heimlich Pläne schmie-

den, den Bürgern ihre Schusswaffen wegzunehmen, würden in Europa nur Kopfschütteln hervorrufen.

Dennoch kann die Bedrohung, die Trump darstellt, nur in einem viel weiteren Kontext verstanden werden: dem der Rechtspopulisten, die von Athen bis Ankara, von Sydney bis Stockholm und von Warschau bis Wellington in fast jeder größeren Demokratie auf dem Vormarsch sind. Bei allen offensichtlichen Differenzen sind diese Bewegungen doch durch tief greifende Gemeinsamkeiten verbunden – und bringen das politische System dadurch auf überraschend ähnliche Weise in Gefahr.

Donald Trump in den Vereinigten Staaten, Nigel Farage in Großbritannien, Marine Le Pen in Frankreich und Alice Weidel in Deutschland, sie alle behaupten, dass die dringendsten Probleme unserer Zeit viel einfacher zu lösen sind, als das politische Establishment uns glauben machen will. Sie alle beteuern, dass die große Masse der einfachen Leute genau weiß, was zu tun ist. Vor allem aber betrachten sie alle die Politik als ein denkbar einfaches Spiel: Könnte sich der Wille des Volkes nur ungehindert Bahn brechen, würden sich die Gründe für die politische Unzufriedenheit rasch in Luft auflösen. Ganz im Sinne von »Make America Great Again« wären die Vereinigten Staaten – und wäre Großbritannien und Deutschland und Frankreich – endlich wieder ein großartiges Land.

Die Behauptung, dass sich unsere Probleme ganz leicht lösen lassen, wirft sogleich eine zweite Frage auf: Warum hat die politische Klasse diese Probleme bisher nicht gelöst? Da die Populisten nicht zugeben können, dass die wirkliche Welt eben doch kompliziert ist – und dass Politiker, die für echte Probleme keine Lösungen finden, trotzdem die besten Absichten haben mögen –, müssen sie einen Sündenbock ausfindig machen.

Der vermeintliche Übeltäter findet sich oft im Ausland. So ist es nur logisch, dass Trump China für Amerikas wirtschaftliche Probleme verantwortlich macht. Es sollte auch nicht weiter über-

raschen, dass er bewusst Ängste schürt, indem er behauptet, die Vereinigten Staaten würden von Vergewaltigern (Mexikanern) und Terroristen (Muslimen) überrannt.

Europäische Populisten sehen ihre Feinde anderswo und machen ihrem Unmut meist etwas vorsichtiger Luft. Aber ihren Äußerungen liegt letztlich dieselbe Logik zugrunde. Le Pen und Farage, Weidel und Gauland sind sich im Grunde mit Trump darüber einig, dass Außenstehende – ob nun muslimische Schmarotzer oder syrische Sexualstraftäter – die Schuld daran tragen, wenn die Einkommen des kleinen Mannes stagnieren und unsere Straßen nicht mehr sicher sind. Und wie Trump geben sie dem politischen Establishment – von Brüsseler Bürokraten bis zur Berliner Lügenpresse – die Schuld für all ihre Fehlschläge. Die Regierenden in ihrer jeweiligen Hauptstadt, so behaupten Populisten jeglicher Couleur, verfolgen sowieso nur ihre eigenen Interessen oder stecken mit den Feinden der Nation unter einer Decke. Etablierte Politiker, so sagen sie, haben eine perverse Vorliebe für kulturelle Vielfalt. Oder sie halten heimlich zu den Feinden des Landes. Oder – die einfachste Erklärung von allen – sie sind selbst Ausländer oder Muslime oder gar beides.

Diese Weltsicht nährt zwei politische Sehnsüchte, und die meisten Populisten sind klug genug, beide nach Vermögen auszuschlachten. Erstens müsse ein ehrlicher Anführer – also einer, der den unverfälschten Blick des Volkes teilt und dazu bereit ist, dessen Interessen ohne Rücksicht auf Verluste zu vertreten – ins höchste Amt gewählt werden. Und zweitens müsse dieser ehrliche Anführer, sobald er einmal am Ruder ist, alle institutionellen Hindernisse, die ihn davon abhalten, den reinen Willen des Volkes in die Tat umzusetzen, zur Seite schaffen.

Wenn es nach den Populisten geht, ist jeglicher Kompromiss mit Minderheiten ein Akt der Korruption. Der Wille der Mehrheit, so fordern sie, darf uneingeschränkt schalten und walten. In

diesem Sinne sind die Populisten zutiefst demokratisch: Viel inbrünstiger als traditionelle Politiker glauben sie an die Herrschaft des Volkes.

Zugleich sind Populisten aber zutiefst illiberal. Denn eine liberale Demokratie zeichnet sich durch die Gewaltenteilung aus: Diese soll zwischen den Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen vermitteln und gleichzeitig verhindern, dass eine Person oder eine Partei zu viel Macht anhäuft. Populisten dagegen erklären offen, dass es sowohl für die Gerichte als auch für die Opposition, sowohl für die Medien als auch für die Behörden illegitim sei, die wahre Stimme des Volkes zu dämpfen.

Es mag alarmistisch klingen, sich davor zu sorgen, dass populistische Parteien wie die AfD die freiheitlich-demokratische Ordnung untergraben könnten, falls sie jemals an die Macht kommen. Aber es gibt dafür zahlreiche Präzedenzfälle. Denn in Ländern wie Polen und der Türkei sitzen illiberale Populisten bereits im Amt. In beiden Ländern haben sie ihre Macht mit verblüffend ähnlichen Maßnahmen konsolidiert: Sie haben die Spannungen mit vermeintlichen Feinden im In- und Ausland verschärft, Gerichte und Wahlkommissionen mit ihren Anhängern besetzt und die Kontrolle über die Medien übernommen.

Oder nehmen wir Ungarn. Die liberale Demokratie war dort natürlich ein deutlich jüngerer – und viel zarterer – Gewächs als in Deutschland oder Schweden. Und doch waren Politologen in den 1990er-Jahren überaus zuversichtlich, dass sie dort auf einen nahrhaften Boden treffen würde. Denn Ungarn verfügte über sämtliche Eigenschaften, die der Theorie zufolge einen Übergang zur Demokratie begünstigten: Das Land hatte in der Vergangenheit schon Erfahrung mit demokratischer Herrschaft gesammelt; sein totalitäres Erbe war gemäßiger als jenes vieler anderer osteuropäischer Länder; die alten kommunistischen Eliten hatten sich nach ausgiebigen Verhandlungen mit dem neuen Regime

abgefunden; und das Land grenzte an mehrere stabile Demokratien. Die Chancen für eine Konsolidierung der Demokratie standen gut, in der Sprache der Sozialwissenschaft war Ungarn ein »*most likely case*«⁶: Wenn die Demokratie es dort nicht schaffen sollte, würde sie auch in anderen postkommunistischen Ländern nur schwer Wurzeln schlagen.

Diese zuversichtliche Prognose schien sich alsbald zu bestätigen. Ungarn verzeichnete ein schnelles Wirtschaftswachstum. Eine, zwei, drei Regierungen wurden friedlich abgewählt. Eine lebendige Zivilgesellschaft blühte auf – kritische Medien, starke NGOs und eine der besten Universitäten in Mitteleuropa eingeschlossen. Die ungarische Demokratie schien sich zu konsolidieren.⁷

Dann fingen die Probleme an. Viele Ungarn hatten das Gefühl, zu wenig vom Wirtschaftswachstum zu profitieren. Sie sahen ihre Identität von der Masseneinwanderung – die in der Gegenwart ironischerweise noch gar nicht stattfand – bedroht. Als die herrschende Mitte-links-Partei von einem heftigen Korruptionsskandal erschüttert wurde, eskalierte diese Unzufriedenheit und wandelte sich zu unverhüllter Wut auf die etablierten Parteien. Bei Parlamentswahlen im April 2010 bescherten die ungarischen Wähler Fidesz, der Partei von Viktor Orbán, eine überwältigende Mehrheit.

Einmal im Amt, machte Orbán sich systematisch daran, seine Herrschaft abzusichern. Er berief loyale Gefolgsleute in die Führungsetagen des staatlichen Fernsehsenders, der Wahlkommission und des Verfassungsgerichts. Er änderte das Wahlsystem zu seinen Gunsten, schikanierte ausländische Unternehmen, füllte die Taschen seiner Anhänger, drangsalierte NGOs und versuchte gar, die Central European University zu schließen.⁸

Der Rubikon wurde nicht am helllichten Tage überschritten. Es gab nicht den einen, definitiven Schritt, der augenscheinlich die Zerstörung der alten politischen Normen bedeutet hätte.